Es sind Sozialisten, Indio-Aktivisten, hier in Peru nennen wir uns Nationalisten. Aber wir alle haben einen gemeinsamen Nenner: den Kampf gegen das neoliberale Wirtschaftsmodell. Wir sind das neue Gesicht Lateinamerikas. Unsere Länder sind jahrzehntelang neoliberalen Rezepten gefolgt, die wenig zu tun hatten mit der Realität. Deshalb kam es überall zu sozialen Unruhen, die politischen Systeme brachen zusammen.

SPIEGEL: Peru geht es im Vergleich gar nicht so schlecht. Die Inflation ist unter Kontrolle, die Wirtschaft wächst.

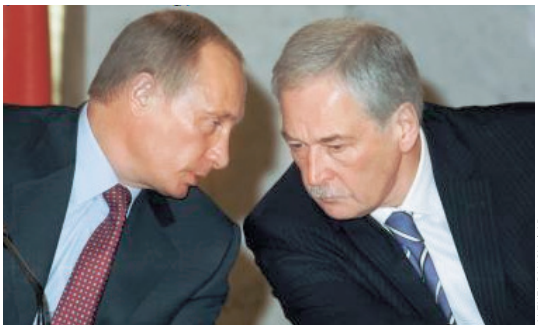
Humala: Hier gibt es Wachstum, aber keine Entwicklung. Das ist wie bei einem Menschen, der scheinbar gesund, aber innen vom Krebs zerfressen ist. Im Landesinnern herrscht extreme Armut, die Leute überleben mit weniger als einem Dollar pro Tag. Die Landwirtschaft ist kaputt, die Bauern fliehen vom Hochland an die Küste oder pflanzen Koka an. Die nationale Industrie produziert nichts, sie kauft alles in China ein.

SPIEGEL: Sie haben als Soldat gegen die maoistische Guerilla Leuchtender Pfad gekämpft. Kritiker werfen Ihnen vor, dass Sie an Folterungen beteiligt waren.

Humala: Ich bin unschuldig. Wir waren 22-jährige Jungen, die in einer Ausnahmesituation ihr Land verteidigten, weil der Staat versagte. Die Politiker hatten sich damals aus der Verantwortung gestohlen und den politischen Kampf der Armee überlassen.

---

cherweise bleibt das nicht mehr lange so. Unter den 22 Mitbewerbern, die Nagin bei der Wahl am 22. April aus dem Feld schlagen müsste, um sich eine zweite Amtszeit zu sichern, sind diesmal besonders viele Weiße. Denn während die Mehrheit der schwarzen Stadtbevölkerung durch die Überflutung im vorigen Herbst aus ihren ärmeren Stadtvierteln vertrieben wurde, leben die weißen Einwohner meist längst wieder in ihren Häusern: Sie bewohnen die höhergelegenen Stadtviertel. Zum ersten Mal seit 28 Jahren könnte deshalb wieder ein weißer Bürgermeister gewählt werden, etwa Mitch Landrieu, Sprössling einer prominenten Politiker-Familie aus Louisiana. In der Schlussphase des Wahlkampfs sind die Kandidaten nun auf der Suche nach jenen Wählern, die seit der Katastrophe über den ganzen Süden der USA verstreut sind, aber per Briefwahl abstimmen dürfen – wenn denn ihre Notunterkünfte den Behörden bekanntgeworden sind.



ALEXEI PANOV / AP

Präsident Putin mit Parteiführer Gryslow

RUSSLAND

Starke Nachfrage

Putins Hausmacht, die Partei „Einiges Russland“, ist weiter im Aufwind: Sie zählt bereits über eine Million Mitglieder. Damit ist die Kreml-Truppe, die sich selbst als „führende politische Kraft des Landes“ bezeichnet, zwar noch weit von einer anderen ehemals großen Staatspartei entfernt – die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) brachte es auf über 19 Millionen Mitglieder. Doch in puncto Wachstumstempo hat „Einiges Russland“ die früheren Bolschewisten überrundet. Innerhalb von viereinhalb Jahren brachte es die Bewegung auf ihre erste Million; die Kommunisten hatten dafür nach der Revolution von 1917 immerhin acht Jahre gebraucht. Es gibt aber auch Parallelen: So wie damals werden auch heute Staatsangestellte mit Druck zum Beitritt gedrängt. Dabei verfügt „Einiges Russland“ über keinerlei ideologisches Profil. Der Moskauer Politologe Alexander Konowalow sieht in der Partei, die in beiden Parlamentskammern über die absolute Mehrheit verfügt, nur eine „Gewerkschaft von Bürokraten“. Dem Selbstbewusstsein der Parteiführung mit dem Duma-Vorsitzenden Boris Gryslow an der Spitze tut dies aber keinen Abbruch. Gryslow, zu Sowjetzeiten Mitarbeiter eines Rüstungsbetriebs, präsentiert den Kreml-Verein als „Partei des gesunden Menschenverstandes“. Als Losung genügt der Slogan „Wir sind mit dem Präsidenten“. Der anschwellenden Mitgliedschaft ist dieses simple Bild egal. Sie stellt sich auf die Seite der Macht, weil sie sich dadurch – wie einst im Fall der KPdSU – sozialen Aufstieg erhofft. Auch die Bevölkerung hat den Trend erkannt, sie hält die Putin-Truppe inzwischen für die einzige Partei, die noch etwas bewegen kann: Bei Regionalwahlen in acht Provinzen am 12. März ging „Einiges Russland“ überall als Erste durchs Ziel.

ALBANIEN

Brüchige Toleranz

Um eine Statue der 1997 verstorbenen Mutter Teresa ist in Albanien heftiger Streit zwischen liberalen und radikalen Muslimen ausgebrochen. Drei islamische Vereine sehen den religiösen Frieden der nordalbanischen Stadt Shkodër gefährdet, falls das Denkmal der albanischen Ordensfrau, die 1979 mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, am Stadteingang aufgestellt wird. Dagegen sieht der Führer der größten muslimischen Gemeinde, Selim Muca, kein Problem in der Ehrung: Mutter Teresa sei der Stolz der ganzen Nation. In Shkodër wird die Toleranz zwischen Muslimen und Katholiken immer brüchiger. Zu Protesten hatte kürzlich die Errichtung eines Kreuzes auf einem Hügel nahe der Stadt geführt. Weitere Emotionen wurden geschürt, als die Katholiken forderten, eine alte Moschee in eine Kirche umzuwandeln.

CAROLINE BRECHER-SCHULZ / KEYSTONE

Mutter Teresa (1996)